



Antrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Fentanyl – schwappt die Welle der Opioide auch nach Bayern?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im zuständigen Ausschuss zu berichten,

- wie viele Drogentote durch Fentanyl im Jahr 2025 in Bayern registriert wurden,
- wie viele Drogentote durch Nitazene und andere synthetische Opioide (einschließlich fentanylartiger Substanzen und sogenannter „Forschungschemikalien“) im Jahr 2025 in Bayern registriert wurden,
- wie viele drogenbedingte Todesfälle im Jahr 2025 polytoxikoman verursacht waren (insbesondere mit Beteiligung von Fentanyl, Nitazenen oder anderen synthetischen Opioiden in Kombination mit weiteren Substanzen wie Heroin, Kokain, Amphetaminen oder Benzodiazepinen),
- wie sich die Todesfälle durch Fentanyl sowie durch Nitazene und andere synthetische Opioide im Jahr 2025 auf die Regierungsbezirke verteilen,
- wie sich die Todesfälle durch diese Substanzen im Jahr 2025 nach Altersgruppen verteilen,
- welche aktuelle Einschätzung der Gefahrenlage für Fentanyl, Nitazene und andere synthetische Opioide im Jahr 2025 vorliegt,
- welche Unfälle, schweren Intoxikationen und Straftaten im Zusammenhang mit Fentanyl, Nitazene und anderen synthetischen Opioiden im Jahr 2025 bekannt geworden sind,
- über die Herkunft der Vorläuferstoffe und der fertigen Substanzen für Fentanyl, Nitazene und andere synthetische Opioide, einschließlich der beteiligten Herkunftsländer, Produktionsstätten und kriminellen Netzwerke,
- über die aktuellen Vertriebswege (einschließlich Darknet, Clearnet-Online-Shops und Straßenhandel), die Marktlage inklusive Preisentwicklung sowie über Trends beim Einsatz als Streckmittel in anderen illegalen Drogen,
- welche präventiven, repressiven und gesundheitspolizeilichen Maßnahmen die Staatsregierung für 2026 und die Folgejahre plant, um eine weitere Ausbreitung synthetischer Opioide zu verhindern oder einzudämmen,
- welche konkreten Zukunftsaussichten, Prognosen und Risikoszenarien für die Verbreitung und die Zahl drogenbedingter Todesfälle durch Fentanyl, Nitazene und andere synthetische Opioide in Bayern für die Jahre 2026 bis 2030 bestehen,
- welche Auswirkungen diese Entwicklungen nach Einschätzung des Bayerischen Landeskriminalamts und des Nationalen Frühwarnsystems (NEWS) langfristig auf das Gesundheitssystem, die innere Sicherheit und die Präventionsarbeit in Bayern haben könnten.

Begründung:

Der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Hendrik Streeck, warnte am 1. Dezember 2025 explizit vor synthetischen Opioiden, zu denen Nitazene, Fentanyl und Morphin mit einer „wahnsinnigen Potenz“ gehörten.

Beispielsweise weist Fentanyl, als synthetisches Opioid, eine analgetische Potenz auf, die etwa 50- bis 100-fach höher liegt als die von Morphin. Bereits Mengen ab ca. 2 mg können bei nicht-opioidtoleranten Personen zu einer lebensbedrohlichen Atemdepression führen. Die Videos von amerikanischen Straßenzügen, in denen dutzende Süchtige in der typischen Fentanyl-Position, nicht ansprechbar in verkrampfter Position stehen, erinnern an Horrorfilme.

In den letzten Jahren ist in mehreren europäischen Staaten ein zunehmender Nachweis von Fentanyl und fentanylartigen Substanzen (Fentanyl-Analoga) im illegalen Drogenmarkt zu verzeichnen, häufig als Beimengung zu Heroin oder in Form von Tabletten und Pulvern, die als andere Substanzen deklariert werden. Auch das Deutsche Ärzteblatt titelte am 3. Dezember 2025: „Synthetische Opioide und Crack werden zunehmend zum Problem“

Nach Angaben des Bayerischen Landeskriminalamts wurden in Bayern im Jahr 2024 insgesamt 19 Todesfälle im Zusammenhang mit Fentanyl registriert. Die Gesamtzahl der Drogentoten belief sich auf 214 Fälle, womit ein Rückgang gegenüber den Vorjahren einherging. Dennoch zeigt die Entwicklung bei synthetischen Opioiden eine gegenläufige Tendenz: Seit Anfang 2024 häufen sich Nachweise von Nitazenen und anderen neuartigen synthetischen Opioiden (sogenannte Forschungsschemikalien), die in mindestens acht weiteren Todesfällen und weiteren Vergiftungen eine ursächliche Rolle spielten.

Mehrere Bundesländer haben Modellprojekte zur verstärkten Überwachung und Analytik initiiert. Das Bayerische Landeskriminalamt hat den Aufbau eines Landesknotenpunkts für das Frühwarnsystem vorangetrieben und warnt ausdrücklich vor einer möglichen weiteren Ausbreitung. Vor diesem Hintergrund erscheint eine umfassende und aktuelle Bestandsaufnahme der Lage in Bayern erforderlich.

Nur auf der Grundlage belastbarer Daten zu Todesfällen, regionaler Verteilung, Altersstruktur, Herkunft, Vertriebswegen und Marktentwicklung können geeignete präventive, repressiv-polizeiliche und gesundheitspolizeiliche Maßnahmen zielgerichtet geplant und umgesetzt werden.